

Kirsten Staudt:

Der Genozidbegriff als Beispiel für die politische Bedeutung der Semantik bei der historischen Darstellung von Gewalt

1. Einleitung

Als Ende 2011 das französische Parlament ein Gesetz verabschiedete, mit dem die Leugnung des Völkermords an den Armeniern im Jahr 1915 unter Strafe gestellt werden sollte, schlugen die diplomatischen Wellen zwischen Frankreich und der Türkei hoch. Frankreich solle sich besser an den selbst verübten Genozid in Algerien erinnern, krakeelte der türkische Ministerpräsident, schließlich sei die Vernichtung von fünfzehn Prozent der einheimischen Bevölkerung in Algerien durch die Franzosen ebenfalls Völkermord.¹ Dass ihm in dieser Einschätzung international kaum jemand folgte, ficht die Facebook-Nutzer nicht an, die seitdem Seiten zur Erinnerung an den angeblichen „Algerien-Genozid“ betreiben.² Sie befinden sich damit in makabrer Gesellschaft der „Anti-Genozid-Bewegung“³, die sich gegen den ‚Überwachungsstaat‘ und Hundepflichtversicherungen richtet, den islamophoben Betreibern von „Stop European Genozid“ [sic]⁴, die in der Einwanderung von Muslimen einen Genozid an den Europäern sehen, oder auch des Musiklabels „Genocide Entertainment“⁵.

Im Folgenden zeige ich, dass traurigen Blüten, die die Anwendung und der Missbrauch des Genozidbegriffs treiben, aus dessen Definitionsmängeln herrühren sowie aus der Vermischung von juristischen, politischen, historischen, soziologischen und anderen Fragestellungen. Dies stellt Vertreter jeder dieser Kategorien vor besondere Herausforderungen, wenn es um die Benennung von Gewalt geht; gerade auch solcher Gewalt, die in der Geschichte weit zurückliegt. Dabei gehe ich besonders auf den Völkermord an den Armeniern ein, an dessen Beispiel diese Problematik besonderes deutlich wird.

2. Der Genozidbegriff

a. Herkunft und Entstehung

„Genozid“ als Begriff ist 1944 von dem Juristen Raphael Lemkin geprägt worden. Er leitet sich von dem griechischen Wort „genos“ für „Volk“ und der lateinischen Vokabel „caedere“ für „töten“ ab. Lemkins Ziel war, mit dem Genozidbegriff einen neuen strafrechtlichen Tatbestand zu definieren, der als besonders schweres „Verbrechen gegen die Menschheit“ von der ganzen Menschheit zu ahnden sei und keiner Verjährungsfrist unterliegt.⁶ Vor allem aber sollte er der

¹ Vgl. Karen Krüger: *Armenier? Algerien! Das französische Gesetz und der türkische Reflex* in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.12.2011, S. 33

² wie z. B. *Frankreich Genozid in Algerien*, <http://www.facebook.com/pages/Frankreich-Genozid-in-AlgerienFrans%C4%B1zlar%C4%B1n-Cezayir-Soyk%C4%B1r%C4%B1m%C4%B1/133266176742266?ref=ts&fref=ts>,

³ <http://www.facebook.com/AntiGenozidBewegung?ref=ts&fref=ts>

⁴ <http://www.facebook.com/pages/Stop-European-Genozid/415247525196975?ref=ts&fref=ts>

⁵ <http://www.facebook.com/GenocideEntertainment?ref=ts&fref=ts>, Stand jeweils 20.01.2013

⁶ Vgl. Burdy, Jean-Paul: *La Turquie candidate et le génocide des Arméniens: entre négation nationaliste et société civile* in: *Pôle Sud* (2005)23, S. 77-93, S. 78

internationalen Gemeinschaft ein Mittel an die Hand geben, um ungeachtet des staatlichen Souveränitätsprinzips im Falle eines Genozids einschreiten zu können bzw. gar zu *müssen*. Den Anlass seiner rechtlichen Prägung fand der Terminus bei der Ahndung des Mordes an den europäischen Juden. Wenn auch häufig angeführt wird, dass Lemkin zum ersten Mal anlässlich der Armeniertragödie 1915 eine Notwendigkeit gesehen habe, einen eigenständigen Begriff zu schaffen,⁷ so verweist Rabinbach darauf, dass der Terminus vor allem darauf abgezielt habe, „die Vernichtung der Juden *und* die Zerstörung Polens als eigenständige Nation“⁸ zu fassen.

Mit der UN-Konvention gegen Völkermord von 1948 wurde der Genozidbegriff völkerrechtlich festgelegt als „[eine der folgenden Handlungen, begangen in der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) das Töten von Angehörigen der Gruppe
- b) das Zufügen von ernsthaften körperlichen oder geistigen Schäden bei Angehörigen der Gruppe
- c) die absichtliche Auferlegung von Lebensbedingungen, die auf die ganze oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen
- d) die Durchsetzung von Maßnahmen zur Geburtenverhinderung
- e) die zwangsweise Verbringung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.]“⁹

b. Inhaltliche Kritik

Wie beschrieben, ist der Genozidbegriff als juristisches Konzept entstanden, um Völkermorde zu verhindern. Gleichzeitig war er Resultat politischer Kompromisse: so sprachen sich vor allem die Sowjetunion und die USA gegen die Aufnahme politischer Gruppen in die Genozidkonvention auf.¹⁰ Ebenso war er zeithistorisch bedingt: Die Autoren hatten vor allem den Völkermord an den Juden und die Nazi-Verbrechen vor Augen, als sie ihn definierten. Barth merkt an, dass die Anführung von ‚rassischen‘ Kriterien, damals als selbstverständlich empfunden, heute neue Auslegungsprobleme aufwirft.¹¹

Das Ergebnis sind einige offensichtliche Widersprüche, wendet man die Konvention im Wortlaut an. So ist die Überführung von Aborigine-Kindern in staatliche Heime ein Genozid, weil sie auf die Zerstörung der Gruppe der Aborigines zielte. Hingegen sind die Apartheid-Verbrechen kein Genozid, da ihr

⁷ Vgl. Beauvallet, Olivier: *Lemkin. Face au génocide*, Paris: Michalon Éditions 2011, S. 15-19; auch John Cooper: *Raphael Lemkin and the Struggle for the Genocide Convention*, Basingstoke / New York: Palgrave Macmillan 2008, S. 250 f.

⁸ Rabinbach, Anson: *Begriffe aus dem Kalten Krieg: Totalitarismus, Antifaschismus, Genozid* [Reihe: Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts. Vorträge und Kolloquien, Bd. 5], Göttingen: Wallstein 2009, S. 57

⁹ *Convention on the prevention and punishment of the crime of genocide* zitiert nach http://www.treaties.un.org/doc/Treaties/1951/01/19510112_08-12_PM/Ch_IV_1p.pdf, S. 11, Stand: 19.09.2012 (Übersetzung d. Autorin)

¹⁰ Vgl. Barth, Boris: *Genozid und Genozidforschung*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 03.05.2011, unter www.docupedia.de/zg/Genozid_und_Genozidforschung.pdf, Stand: 10.03.2013, S. 6

¹¹ Vgl. ebd., S. 5

Zweck nicht die Vernichtung der Schwarzen in Südafrika, sondern ‚lediglich‘ ihre Einhegung war. Selbiges gilt für den Holodomor: als Bauern verhungert, sind die zwei Millionen Ukrainer keine Genozidopfer; wären sie in ihrer Eigenschaft als Ukrainer umgekommen, schon.¹²

Die Beispiele zeigen, dass die Grenzen zwischen ‚Verbrechen gegen die Menschheit‘, ‚Genozid‘ und, wie der Fall Srebrenica zeigt, ‚Kriegsverbrechen‘ fließend sind. Die bekannteste Bemühung, den typischen Ablauf von Genoziden zu beschreiben und sie damit von sonstigen Massenmorden abzugrenzen, stammt von Gregory Stanton. Doch auch seine „acht Etappen des Genozids“¹³ sind in der Literatur nicht unumstritten.¹⁴

Unabhängig von den terminologischen und inhaltlichen Problemen, die er aufwirft, wird der Genozid häufig als „crime of crimes“ bezeichnet, als ob er in einer imaginären ‚Verbrechenspyramide‘ den Gipfel belegte.¹⁵ Daraus erwächst ein Mobilisierungspotential, dass den Begriff für politische Instrumentalisierung anfällig macht, wie im folgenden Punkt gezeigt wird.

c. Politisierung

Dass der Genozidbegriff von Anfang an emotional aufgeladen und deshalb geeignet war, politische Gegner auf der internationalen Bühne anzugreifen, zeigt Rabinbach.¹⁶ Aus diesem Grund sei er während des Kalten Krieges häufig aufgegriffen worden, aber selten – wegen der mangelnden Übereinstimmung zwischen den großen Mächten – zur Anwendung gekommen. Dass sich die Ausgangslage für seine Verwendung nach dem Zerfall der Sowjetunion verändert hat, ist bei der Diskussion um das Eingreifen der NATO im Kosovo-Konflikt besonders deutlich geworden. Dieser Bedeutungszuwachs ist indes nicht monokausal. Neben der Auflösung des großen Oppositionsblocks, der die Sowjetunion war, werden zwei weitere Ursachen in diesem Sinne angeführt. Die eine ist die wachsende Bedeutung der internationalen Zivilgesellschaft, ein Nebenprodukt der Globalisierung: die Menschen sind permanent informiert über Vorgänge auch in entfernten Gegenden und haben begonnen, über Medien, aber genauso über internationale Organisationen, auf diese Geschehnisse Einfluss

¹² Vgl. Kundrus, Birthe und Henning Strotbek: „Genozid“. *Grenzen und Möglichkeiten eines Forschungsbegriffs – ein Literaturbericht* in: *Neue Politische Literatur* 51(2006)2-3, S. 397-423, S. 403; auch Rabinbach, (2009), S. 46, der sich auf Powis, Sémelin und auf Philosophen beruft, die „insistieren, dass ‚Genozid‘ keine unverwechselbare Handlung beschreibe, kein spezifisches Phänomen, welches sich in irgendeiner Hinsicht von ‚Massenmord‘ unterscheide.“

¹³ Vgl. Stanton, Gregory H.: *The 8 Stages of Genocide*, als pdf unter <http://www.genocidewatch.org/images/8StagesBriefingpaper.pdf>, Stand: 07.08.2013

¹⁴ Vgl. Kundrus / Strotbek (2006), S. 411

¹⁵ Die Ansicht, dass der Genozid genau diesen „Spitzenplatz der Verbrechenspyramide“ belege, vertritt Yves Ternon in *Nouvelles d'Arménie Magazine* N°105, S. 30-31, hier S. 30: „Actuellement, on peut considérer que le génocide est une infraction internationale qui se situe au sommet d'une pyramide criminelle“. Demgegenüber hält Barth (2011, S. 14) fest: „Die Frage, ob ein bestimmter Fall als Genozid bezeichnet wird oder ob diese Benennung aus historischer Perspektive nicht sinnvoll ist, beinhaltet keine moralische Normenhierarchie.“ Vgl. ebenso Tanner, Jakob: *Der Historiker und der Richter. Der Genozid an den Armeniern und die Genozidforschung aus rechtlicher und geschichtswissenschaftlicher Sicht* in: Hans-Lukas Kieser und Elmar Plozza [Hrsg.]: *Der Völkermord an den Armeniern, die Türkei und Europa*, Zürich: Chronos Verlag 2006, S. 177-196, hier S. 192 sowie Kundrus / Strotbek, S. 401

¹⁶ Vgl. Rabinbach (2009), S. 62

auszuüben.¹⁷ Dritter Grund ist das Identitäts- und Legitimationsvakuum, das durch das ‚Ende der Utopien‘¹⁸, ausgelöst durch die Aufhebung des Gegensatzes Kommunismus / Kapitalismus, bedingt ist. Auf staatlicher Ebene heißt das, dass Interventionen einer neuen Legitimierung bedürfen. Auf ziviler Ebene muss sich das Streben an einer neuen Maxime orientieren. Beides ist durch den Aufstieg der Menschenrechte erfüllt worden, deren Verteidigung, so zahlreiche Beobachter, zu einer neuen Ideologie geworden ist.¹⁹

Diese Institutionalisierung des Humanismus zieht jedoch auch kritische Blicke auf sich. Insbesondere die Postulierung eines Genozids in der ein oder anderen Ecke der Welt steht schnell im Verdacht, sonstigen politischen Interessen zu dienen. Ihre Akzeptanz zur Legitimierung von Militärschlägen, verbunden mit der Schwierigkeit, tatsächlich den Nachweis einer ‚Vernichtungsabsicht‘ zu erbringen, setzt die eingreifende Macht regelmäßig der Vermutung aus, sich primär aus geostrategischen oder anderen Gründen zu engagieren.²⁰ Insofern ist die Frage, ob irgendwo ein Genozid stattfindet, auch eine politisch motivierte Definitionsfrage geworden.

Inzwischen hat sich das Politikum auf historische Verbrechen ausgedehnt. Am bekanntesten Beispiel dieser Debatte um die Qualifizierung eines geschichtlichen Ereignisses, dem Völkermord an den Armeniern, werde ich nun die Implikationen dieser Bestrebungen aufzeigen.

3. Armenien und Türkei: „Genozid“ als historisches Urteil

a. Internationale Anerkennung des Genozids an den Armeniern

Dass die Massaker und Todesmärsche, denen die armenische Bevölkerung des Osmanischen Reiches 1915 ausgesetzt war und die zwischen 800 000 und 1,5 Millionen Armenier das Leben gekostet haben, einen Völkermord darstellen, entspricht der herrschenden Meinung in der internationalen Forschung.²¹ Lediglich die Türkei verweigert sich dieser Bezeichnung völlig und spricht von

¹⁷ Vgl. Badie, Bertrand: *La diplomatie des droits de l'homme. Entre éthique et volonté de puissance*, Paris: Fayard 2002, S. 9, 75, 237, 270

¹⁸ Vgl. dazu Joachim Fests Ausdruck vom „Ende des utopischen Zeitalters“

¹⁹ Vgl. Wieviorka, Annette: *L'Etat et les mémoires: Où en est-on? Entretien avec Annette Wieviorka* in: *Regards sur l'actualité* (2009)350, S. 79-94, hier S. 92; Levy und Sznajder merken dazu (Levy, Daniel und Natan Sznajder: *Human Rights and Memory*, University Park (PA): The Pennsylvania State University Press 2010, S. 26): „Human rights have turned into issues of belief and carry an aura of the sacred.“ Badie (2002, S. 243) fasst dies zusammen: „L'idéologie politique ne faisait plus recette: regarder le monde avec compassion devenait un engagement de substituité hors des frontières d'une politique avilie.“

²⁰ Vgl. Schabas, William A.: *Ausweitung der Kampfzone. Allzweckwaffe mit Nebenwirkungen: Die Geschichte des Genozid-Begriffs* in: *Internationale Politik* Jan/Feb 2010, S. 23-27, hier S. 26 f.

²¹ Die jüngsten bedeutenden Darstellungen diesbezüglich stammen von dem französischen Historiker Raymond Kévorkian (*The Armenian Genocide. A Complete History*, London / New York: I. B. Tauris 2011) sowie von dem in den USA forschenden türkischen Historiker Taner Akçam (*The Young Turk's Crime against Humanity: the Armenian genocide and ethnic cleansing in the Ottoman Empire*, Princeton: Princeton University Press 2012). Auch kritische türkisch-armenische Forschergruppen, die betonen, sich über die Anwendung des Genozidbegriffs nicht einig zu sein, stellen das an den Armeniern begangene Unrecht nicht in Frage, vgl. Ronald Grigor Suny, Fatma Müge Göçek und Norman M. Naimark [Hrsg.]: *A question of genocide: Armenians and Turks at the end of the Ottoman Empire*, Oxford / New York: Oxford University Press 2011

„beiderseitigem Leid“²² im Rahmen des Ersten Weltkriegs. Die türkische Geschichtsauffassung betont den Nationalismus der Armenier, die Massaker an muslimischen Osmanen und die dadurch notwendig gewordenen „Evakuierungen“ der von Armeniern besiedelten Gebiete. Überdies versucht die Türkei mit großen Mitteln, diese Interpretation international zu verbreiten.²³

Die Armenier, insbesondere die fünf der insgesamt acht Millionen Armenier, die in der Diaspora leben, fühlen sich durch diese Anschuldigungen verleumdet und versuchen deshalb, verschiedene nationale, sub- und supranationale Institutionen dazu zu bewegen, den an ihnen verübten Völkermord offiziell anzuerkennen. Neben den über 20 Staaten, die dieser Aufforderung gefolgt sind, hat sich auch das Europäische Parlament entsprechend ausgesprochen.

Während Frankreich die Anerkennung per Gesetz regelte und sich dabei auf einen Satz beschränkte – „La France reconnaît publiquement le génocide arménien de 1915“²⁴ – verabschiedete der Deutsche Bundestag 2005 eine lange Resolution, in der die historischen Vorgänge ausführlich beschrieben und verurteilt werden, das Wort „Völkermord“ jedoch nicht auftaucht.²⁵ Als Grund wurde angeführt, die Auseinandersetzung mit der Geschichte in der Türkei befördern zu wollen. Man habe die Erfahrung gemacht, dass die Erwähnung des Worts „Genozid“ dabei kontraproduktiv sei und nur Abwehrreaktionen hervorrufe.²⁶

Tatsächlich sind die türkischen Reaktionen auf die Genozidanschuldigung überaus empfindlich.

²² Diese gängige Formulierung der türkischen Position verwendet in Deutschland u. a. Hakki Keskin von der Linkspartei, zitiert nach Meisner, Matthias: *Armenien: Regierung versteckt sich hinter Historikern* in: *Der Tagesspiegel* vom 01.03.2010 unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/armenier-regierung-versteckt-sich-hinter-historikern/1837724.html>, Stand: 21.08.2013, vgl. auch J. Kalarickal und B. Dax: *Genozid an den Armeniern: Grabsteine des Anstoßes* in: *die tageszeitung* vom 24.04.2012 unter <http://www.taz.de/!92119/>, Stand: 21.08.2013; das türkische Parlament sprach am 13.04.2005 in einer Erklärung von „the human calamity they together experienced“; diese und weitere Erläuterungen der türkischen Position finden sich umfassend auf der Seite des türkischen Außenministeriums unter <http://www.mfa.gov.tr/sub.en.mfa?c4aa6758-dde9-477c-98c6-335c94c2fe18>, Stand: 21.08.2013

²³ Vgl. Thelen, Sibylle: *Die Armenierfrage in der Türkei*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2011 (Originalausgabe: Berlin: Verlag Klaus Wagenbach 2010), S. 33-39; Vigen Guroian: *Collective Responsibility and Official Excuse Making: The Case of the Turkish Genocide of the Armenians* in: Richard Hovannisian [Hrsg.]: *The Armenian genocide in perspective*, New Brunswick u.a. : Transaction Books, 1986, S. 135-152; Burdy (2005), insb. S. 83-86; auch Bozarslan (2009), S. 274 f.; Fatma Müge Göçek: *Reading Genocide. Turkish Historiography on 1915* in: Ronald Grigor Suny, Fatma Müge Göçek und Norman M. Naimark: *A question of genocide: Armenians and Turks at the end of the Ottoman Empire*, Oxford / New York: Oxford University Press 2011, S. 42-52

²⁴ Vgl. *LOI no 2001-70 du 29 janvier 2001 relative à la reconnaissance du génocide arménien de 1915 (1)* in: *Journal Officiel de la République Française* n°25 vom 30. Januar 2001, S. 1590

²⁵ Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 15/5689 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: *Erinnerung und Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern 1915 – Deutschland muss zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen* vom 15.06.2005, als pdf unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/15/056/1505689.pdf>, Stand: 09.08.2013

²⁶ Vgl. die diesbezüglichen Redeabschnitte Fritz Kuhns in: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 15/172 – Stenografischer Bericht der 172. Sitzung vom Donnerstag, den 21. April 2005 (im Folgenden zitiert als: *Plenarprotokoll 15/172*), S. 16131 f.

Kulturell ist dabei problematisch, dass die Epoche, um die es in der Diskussion geht, für Türken wie Armenier traumatisch ist. Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches bedeutete für die Türkei einen großen Gebietsverlust. Die territoriale Integrität war durch die Ansprüche der Armenier, denen zunächst im Vertrag von Sèvres weite Teile Anatoliens zuerkannt worden waren, weiter bedroht. Diesen Auflösungserscheinungen wurde ideell mit einer Überhöhung des Türkentums begegnet sowie mit einer Geschichtsschreibung, die diese Ideologie stützte.²⁷ Die Informationen über die tatsächlichen Geschehnisse sind daher in der Türkei noch immer gering, auch, wenn sie inzwischen verbreiteter sind also noch vor 15 Jahren. In dieser Situation erscheint der Genozidvorwurf als Mittel ‚fremder Mächte‘, das Land zu diabolisieren, in seiner Integrität zu bedrohen und – in Anbetracht möglicher Reparationen – wirtschaftlich zu schwächen.²⁸

Möglich ist diese Haltung auch durch das Fehlen eines gültigen juristischen Urteilsspruchs. Zwar ist einigen der jungtürkischen Verantwortlichen durch ein auf Druck der britischen Siegermacht eingesetztes Kriegsgericht der Prozess gemacht worden, doch konnten die Hauptverantwortlichen entkommen. Die Feststellung, dass es sich bei den Massakern um einen Völkermord gehandelt hat, fehlt juristisch. Zwar ist dies nicht weiter verwunderlich, ist der Begriff doch erst 30 Jahre nach dem Armeniergenozid geprägt worden. Dieses Manko scheint jedoch weiterhin ein allseits akzeptiertes Geschichtsbild zu erschweren.²⁹

b. Positionen zum Armeniergenozid in Deutschland und Frankreich

Deshalb haben die Armenier das Problem politisiert und wenden sich an Staaten und Institutionen, um den Genozid feststellen zu lassen. Damit sollen Fakten geschaffen und Druck auf die Türkei ausgeübt werden. Problematisch erscheinen hierbei mehrere Aspekte. Zum einen übernimmt die Legislative damit die Funktion, die eigentlich der Judikative innewohnt, nämlich einen Urteilsspruch zu fällen. Zum anderen kann dem Thema dadurch der Ruf anhaften, wahltaktisch oder durch andere politische Ziele motiviert zu sein. So versuchen gerade in Frankreich und in den USA die zahlenmäßig und organisatorisch starken sowie gut vernetzten armenischen Verbände, durch Druck die Politik zum Handeln zu

²⁷ Vgl. hierzu die Angaben in Fußnote 23.

²⁸ Vgl. Goltz, Gabriel: *Das Jahr 2005: ein Meilenstein in der Debatte in der Türkei über das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich 1915/16?* in: Hans-Lukas Kieser und Elmar Plozza [Hrsg.]: *Der Völkermord an den Armeniern, die Türkei und Europa*, Zürich: Chronos Verlag 2006, S. 21-35, hier S. 33

²⁹ Mit einem Gutachten des *International Center for Transitional Justice* (ICTJ), welches 2002 auf Anfrage der *Turkish-Armenian Reconciliation Commission* (TARC) angefertigt wurde und zu dem Schluss kam, dass die UN-Konvention aufgrund der Retroaktivität zwar nicht juristisch auf den Fall der Armenier anwendbar sei, man es aber sehr wohl mit einem Ereignis zu tun habe, auf das der Begriff ‚Genozid‘ lexikalisch Anwendung fände, zeigten sich weder die türkische noch die armenische Diaspora-Seite einverstanden; vgl. *The applicability of the United Nations convention on the prevention and punishment of the crime of genocide to events which occurred during the early twentieth century. Legal analysis prepared for the international center for transitional justice* unter <http://ictj.org/sites/default/files/ICTJ-Turkey-Armenian-Reconciliation-2002-English.pdf>, Stand: 25.08.2013; außerdem Philips, David L.: *Unsilencing the past: track two diplomacy and Turkish-Armenian reconciliation*, New York: Berghahn Books 2004, S. 114 f. sowie eine später (24.03.05) veröffentlichte Stellungnahme der http://www.anca.org/assets/pdf/hill_notes/032505.pdf, Stand: 29.07.13

bewegen. Ziel ist dabei einerseits die offizielle Anerkennung des Genozids, im nächsten Schritt soll dessen Leugnung unter Strafe gestellt werden.

Diesen Absichten stehen zum einen ‚realpolitische‘ Betrachtungen entgegen, zu denen die NATO-Mitgliedschaft der Türkei sowie deren wachsende Wirtschaftsmacht zählen. Darüber hinaus ist die Wirkung der Maßnahmen auf die Türkei umstritten. Während einige Menschenrechtsaktivisten darauf aufmerksam machen, dass Druck von außen notwendig sei, um einen Wandel herbeizuführen, verweisen viele türkische Intellektuelle auf die nationalistischen Abwehrreflexe, die ausländische Beschlüsse in der Türkei hervorriefen.³⁰

Insofern erweist es sich als zwiespältig, dass die Forderungen der armenischen Organisationen an die Politik auf die Genozidterminologie fokussiert sind. Während in den jeweiligen Ländern, in denen die Durchsetzung erfolgen soll, damit in den meisten Fällen das Offensichtliche offiziell gemacht wird, werden derlei Beschlüsse in der Türkei als Ergebnis einer tendenziösen Lobbyarbeit porträtiert.

Die Rolle des Genozid- bzw. Völkermordbegriffs in französischen und deutschen Parlamentsdebatte zum Armeniergenozid

Dieser Zwiespalt kommt in der Verwendung – und Nichtverwendung – des Genozid- bzw. Völkermordbegriffs in der Bundestagsresolution von 2005 bzw. den französischen Parlamentsdebatte von 1998³¹ zum Ausdruck. Diese wird von Vertretern armenischer Organisationen als Ausdruck von Ehrlichkeit und Mut bzw. umgekehrt als falsche Rücksichtnahme auf die Türkei interpretiert.³² Tatsächlich gibt sie – neben moralischen und realpolitischen Abwägungen – aber auch Hinweise auf die jeweilige Wahrnehmung des Problems und die Rolle des eigenen Landes bei dessen Behebung.

In der deutschen Parlamentsdiskussion – von der *tageszeitung* damals zu Recht als eine „eine ordentliche, fast beschauliche Debatte“³³ und darüber hinaus als „eine Demonstration der Vernunft“³⁴ bezeichnet – werden die Ereignisse von 1915 im Osmanischen Reich ausführlich beschrieben, ohne explizit als

³⁰ Vgl. (o. A.): *La loi sur le génocide divise les intellectuels turcs* in: *Le Monde* vom 19.01.12 sowie Marc Semo: *La peur de l'effet boomerang. Pour les intellectuels turcs, la loi Boyer va accentuer la pression du gouvernement* in: *Libération* vom 22.12.11

³¹ Im Kontext eines größeren Forschungsprojektes wurden von der Autorin alle französischen Parlamentsdebatten hinsichtlich des Armeniergenozids ausgewertet (1998, 2001, 2006 und 2011). Die für diesen Beitrag ausgewählten (da besonders illustrativen) Beispiele stammen sämtlich aus der ersten Debatte von 1998.

³² Die Vermeidung des Völkermordbegriffs wird von armenischer Seite bzw. von Aktivisten, die sich für die ‚armenische Sache‘ einsetzen, in der Regel als „halbherzig“ bezeichnet, vgl. dazu Ordukhanyan, Azat: *Armenier in Deutschland. Geschichte und Gegenwart; Vortrag am 19. April 2008 in Erfurt*, Erfurt: Der Ausländerbeauftragte beim Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, 2. Auflage 2009, S. 28 sowie Webseite der *Arbeitsgruppe Anerkennung* (AGA), <http://www.aga-online.org/aboutus/index.php?locale=de>, Stand: 04.04.13, außerdem Vartkes Ayanak von der armenischen Gemeinde zu Berlin beim Gedenkgottesdienst im Berliner Dom am 24.04.05, zitiert nach (o. a.): *EKD-Chef Huber bittet um Verzeihung* in: *Süddeutsche Zeitung* vom 25.04.2005, S. 6

³³ Reinecke, Stefan: *Kein Hindernis für den EU-Beitritt; Der Bundestag diskutiert nicht spannend, aber klug über den Armenien-Antrag der Union [...]* in: *tageszeitung* vom 22.04.2005, S. 6

³⁴ Ebd.

‚Völkermord‘ bezeichnet zu werden. Fritz Kuhn erklärt als Sprecher der Fraktion der Grünen, den Grund für diese Wahl:

Bei unserer Verantwortung für die Opfer geht es nicht nur um das Gedenken - darum geht es auch -, sondern darum, dass wir - unabhängig davon, dass wir im Sinne historischer Wahrheit Recht haben - Recht bekommen in Bezug auf das, was in der Türkei und in Armenien und zwischen diesen beiden Ländern heute tatsächlich stattfinden kann.³⁵

Diese Einschätzung wird fraktionsunabhängig geteilt. Als Ziel der Resolution wird die Aus- bzw. Versöhnung zwischen der Türkei und Armenien genannt, für die ein „Diskussionsprozess“³⁶ notwendig und im Gange sei. Vergangenheitsaufarbeitung ist in diesem Verständnis ein Prozess, dessen Akzeptanz gegenwärtigen Verhältnissen unterworfen ist. Am Ende fortschreitender Demokratisierung und Öffnung wird die Pluralität die Durchsetzung der Wahrheit ermöglichen. Diese Chance soll nicht durch das Beharren auf einem als zweitrangig betrachteten Wort vergeben werden.

Für Frankreich hingegen ist zunächst die häufige Verwendung des Begriffs ‚génocide arménien‘ zu beobachten, die darauf hinweist, dass er längst als fester Terminus akzeptiert ist. Unabhängig davon unterstreichen die Redner im Parlament, wie wichtig die offizielle Anerkennung als Völkermord sei und begründen dies vor allem mit zwei Argumenten: Zum einen wird die traumatische Wirkung des Genozidereignisses betont. Mit diesem sei das „[Irreparable]“³⁷ geschehen, die Schäden unheilbar³⁸. Dennoch könnten die Betroffenen „sérénité“³⁹ finden durch die Benennung der Wahrheit. Die ‚Wahrheit‘ wird in der Debatte verkörpert durch den Genozidbegriff als Antithese zur türkischen Geschichtsfälschung:

Par le pouvoir d'un mot, d'un seul, celui de génocide, que nous devons aux morts d'hier comme aux vivants d'aujourd'hui, cette reconnaissance publique, mes chers collègues, est entre nos mains,⁴⁰

Neben der Schaffung von Gerechtigkeit für die Opfer besteht der Beitrag der so festgehaltenen Wahrheit darin, dass sie allein verhindern kann, dass der Genozid sich wiederholt. Bei diesem immer wieder angeführten Argument ist zunächst unklar, ob es sich auf Völkermorde im Allgemeinen oder den der Armenier im Speziellen handelt. Aufschluss gibt die Betonung, dass die an den Armeniern im Rahmen des Ersten Weltkriegs begangenen Verbrechen ins Menschheitsgedächtnis Eingang finden müssten nicht nur als Genozid, sondern als erster Genozid des 20. Jahrhunderts,⁴¹ welche ein „tout indissociable“⁴² darstellten. Der Völkermord an den Armeniern ist also ein ‚Auftaktverbrechen‘, der Verlauf des Jahrhunderts hätte anders aussehen können oder gar müssen, hätte man dieses

³⁵ Kuhn in: *Plenarprotokoll 15/172*, S. 16132

³⁶ Ebd.

³⁷ Jean-Paul Bret in: *Compte rendu intégral de la séance du 29 mai 1998*, als pdf abgerufen auf der Webseite der Assemblée Nationale (www.assemblee-nationale.fr), S. 6

³⁸ Vgl. ebd.: „Ni les hommes ni les peuples ne guérissent d'un génocide.“

³⁹ Jean-Pierre Foucher in: ebd., S. 14

⁴⁰ René Rouquet in: ebd., S. 2 [sic – Satz endet im Original mit Komma]

⁴¹ Vgl. ebd. sowie Roland Blum in: ebd., S. 6, Guy Hermier in: ebd., S. 7

⁴² François Rochebloine in: ebd., S. 12

rechtzeitig benannt. Da dies nicht geschehen ist, soll nun wenigstens seine weitere Reproduktion gebannt werden. Sowohl für die Türkei als auch für die gesamte Menschheit hat die Aktion Frankreichs daher präventive Wirkung. Dem Genozidbegriff kommt somit in der französischen Debatte in zweierlei Hinsicht kathartische Funktion zu: als Befreiung der Opfer von der Vergangenheit genauso wie von dem Damoklesschwert der Täter und potentiellen Täter, diese zu wiederholen.

Das französische Parlament will, indem es die Bezeichnung „Genozid“ offizialisiert, diese Katharsis befördern. Die Abgeordneten regeln damit nicht nur den Umgang mit der Geschichte, sondern wollen aktiv in den Genozidprozess eingreifen, als dessen Teil sie die Zurückweisung der historischen Fakten durch die Türkei sehen. Von Genozid zu sprechen, ist aus französischer Sicht deshalb keine Bezeichnungsfrage – es ist eine Art retrospektiver Interventionismus, mit dem Frankreich seiner Rolle als Verteidiger der Menschenrechte nachkommt.⁴³

c. Weitere Anerkennungsforderungen von ‚Genoziden‘

Wenn der Völkermord an den Armeniern auch das emblematischste Beispiel ist für die Politisierung des Genozidbegriffs,⁴⁴ so zeigt sich die Problematik der Verwendung des Begriffs im politischen Gebrauch auch an weiteren Beispielen. Immer wieder haben sich in Frankreich einige Abgeordnete des rechten Lagers in den letzten Jahren für eine Anerkennung des so genannten „génocide vendéen“ ausgesprochen,⁴⁵ also die Verfolgung und Vernichtung der königstreuen Bewohner der Vendée in der Folgezeit der französischen Revolution. Dabei ist unklar, welche heute lebenden Personen durch die damaligen Geschehnisse in ihrer Identität bedroht sind bzw. wem gegenüber das Unrecht ‚wiedergutmacht‘ werden müsste. Die offizielle Anerkennung eines ‚génocide vendéen‘ erscheint hier weniger als historische Aufarbeitung denn als Versuch einer politischen Strömung – nämlich der politischen Rechten – mit der Unterhöhlung des Revolutionsmythos den politischen Gegner seiner klassischen Legitimationsbasis zu berauben und durch die Rehabilitierung der Königstreuen als Gewaltopfer sich selbst mit moralischem Kampfmateriel zu munitionieren.

Für Deutschland lässt sich ein anderes Phänomen beobachten: Im Kontext der seit der Jahrtausendwende verstärkten medialen Aufmerksamkeit gegenüber dem Themenkomplex ‚Flucht und Vertreibung‘ sucht die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die Manifestierung des Opferstatus der Vertriebenen in Ausstellungen und Gedenktag auch durch eine semantische Annäherung der Begriffe „Genozid“ und „Vertreibung“ zu erwirken. „Alle Opfer von Genozid und Vertreibung brauchen einen Platz im historischen Gedächtnis

⁴³ Dem entspricht, dass die Hälfte der Redner 1998 (acht von vierzehn) sich in ihrer Argumentation auf die Eigenschaft Frankreichs als „Land der Menschenrechte“ beziehen. Vgl. dazu auch Pfeil, Ulrich: *Frankreichs Meistererzählung vom „Land der Menschenrechte“* in: Martin Sabrow [Hrsg.]: *Leitbilder der Zeitgeschichte. Wie Nationen ihre Vergangenheit denken* [Helmstedter Colloquien, Heft 13], Berlin: Akademische Verlagsanstalt 2011, S. 76-102

⁴⁴ Vgl. Semelin, Jacques: *Purify and Destroy. The Political Uses of Massacre and Genocide*, London: Hurst & Company 2007, S. 310

⁴⁵ Vgl. Assemblée Nationale, Quatorzième Législature: *Proposition de loi n° 607 relative à la reconnaissance du génocide vendéen de 1793-1794* vom 16.01.2013 unter <http://www.assemblee-nationale.fr/14/pdf/propositions/pion0607.pdf>, Stand: 25.08.2013

Europas.“⁴⁶, postuliert sie am „Tag der Heimat“ 2006, weshalb auch ein Menschenrechtspreis „gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen“⁴⁷ gestiftet worden sei. Dass hier nicht verschiedene Phänomene hintereinander stehen, sondern im Grunde ‚gleichwertige‘ Menschenrechtsverletzungen angeprangert werden, geht aus der Begründung zur Forderung eines Gedenktages an die Vertreibungen hervor: „Auch Armenien erinnert selbstverständlich an das Drama im Osmanischen Reich.“⁴⁸ Die Art, mit der zwei unterschiedliche historische Ereignisse zunächst umschrieben und dann unter dem Oberbegriff „Genozid und Vertreibung“ in die gleiche Kategorie einsortiert werden, zeigt: Wohl wissend, dass sie selbst keine Völkermordopfer repräsentiert, weiß die Vorsitzende durchaus um die politische Schlagkraft des Genozidbegriffs.

4. Fazit: ein janusköpfiges Wort

Der Genozidbegriff ist seit seiner Entstehung mit Unklarheiten und dem Potential für Missverständnisse belegt. Bei der Problematik des Armeniergenozids ist hinzugekommen, dass durch das jahrzehntelange Schweigen des türkischen Staates der Begriff zum Synonym geworden ist für eine Antithese zur türkischen Geschichtspolitik. Deshalb betrachtet Jan-Philipp Reemtsma einen eventuellen Verzicht auf den Begriff als illusorisch: „Würden die armenischen Gemeinden darauf verzichten vom Genozid des Jahres 1915 zu sprechen, könnte es so wirken, als würden sie der offiziellen türkischen Version der Geschehnisse zustimmen. Nota bene: es wäre nicht so, aber es könnte so wirken.“⁴⁹ Weil dies so empfunden wird, ist das Beharren auf dem Begriff um so stärker. Das Wort wird hier zur Waffe, als einzig mögliche gegen einen Staat, der mit großem Aufwand versucht, eine besondere historische Verantwortung von sich zu weisen. Der Begriff des Genozids erlaubt es den Nachfahren der Opfer, eine besondere Aufmerksamkeit für die Problematik zu erlangen und über die These der Leugnung als letzten Schritt des Genozids in die Gegenwart zu transponieren und menschenrechtlich zu framen.

Was einerseits zur Aktualisierung eines historischen Themas beiträgt, behindert andererseits dessen tatsächliche Aufarbeitung. Die Anwendung des juristischen Konzepts auf ein historisches Thema lässt viele Historiker als Advokaten der einen oder anderen ‚Seite‘ ihre Forschung auf den Nachweis oder die Widerlegung des „Ultrapreuve“⁵⁰ fokussieren. Neben Wissenschaftlern arbeiten sich Politiker und Diplomaten gleichermaßen an einem Begriff ab, der gerade durch seine moralische Schlagkraft zum häufigen Gebrauch reizt und dadurch

⁴⁶ Steinbach, Erika: Rede zum „Tag der Heimat“ 2006 am 02.09.2006 unter <http://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/index.php3?id=451&druck=1>, Stand: 22.08.2013

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Reemtsma, Jan Philipp: *Ansprache zum 24.4.2007 zum Gedenken an die Opfer des Genozids von 1915* im Französischen Dom zu Berlin, abrufbar auf der Webseite der Armenischen Gemeinde zu Berlin: <http://www.armenische-gemeinde-zu-berlin.de/downloads.html>, Stand: 05.01.2013

⁵⁰ Nach Yves Terson, zitiert nach Yves Thréard: *Devoir de civilisation* in: *Le Figaro* vom 02.10.2006, S. 15

weiter verwässert. Dies zeigt sich an der jüngsten geschichtspolitischen Initiative zum französischen Revolutionsgeschehen: Einer – möglicherweise zu Recht – als ostentativ wahrgenommenen Inanspruchnahme moralischer Überlegenheit durch den politischen Gegner ist wohl kaum durch eine Anerkennung des ‚génocide vendéen‘ beizukommen. Im Gegenteil: in einer Epoche, in der „Zeitgeschichte“ dazu tendiert, den fachwissenschaftlichen Rahmen immer mehr zu überschreiten,⁵¹ in der die so sensibilisierte Öffentlichkeit ein Faktor der internationalen Politik geworden ist⁵² und sich zugleich die Einsicht verbreitet, dass bilaterale Sanktionen die Durchsetzung von Menschenrechten nicht unbedingt befördern,⁵³ sollte auch die Politik insgesamt ein Interesse an einer Demystifizierung des historischen Kapitals haben. Wo freie Rede und offene Diskussion Not tut, scheint die Kultivierung eines Gegenmythos hingegen wenig zielführend. Vor diesem Hintergrund ist erscheint die Verwendung des Genozidbegriffs als heilsbringende Pathosformel, wie sie im französischen Parlament im Hinblick auf die Armenier auftritt, problematisch. Doch die Vermeidung weiterer Mythenbildung ist nicht mit Untätigkeit zu verwechseln. Zentral wäre dabei die Erkenntnis, dass geschichtliche Aufarbeitung sich weder in Begriffen, noch in Resolutionen oder Gesetzen erschöpft, sondern ihrem Wesen nach ein nicht abgeschlossener Prozess ist.

⁵¹ Vgl. Sabrow, Martin: „Erinnerung“ als Pathosformel der Gegenwart in: ders. [Hrsg.]: *Der Streit um die Erinnerung* [Reihe: Helmstedter Kolloquien, Band 10], Leipzig: Akademische Verlagsanstalt 2008, S. 9-24, hier S. 21 f.

⁵² Vgl. FN 17

⁵³ Vgl. Badie, Bertrand: *Nouveaux mondes. Carnets d'après Guerre froide*, Paris: Le Monde Interactif / CNRS Éditions 2012, S. 215